



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW-Präsident: Geplante BauGB-Novelle verhindert Belebung der Innenstädte

Berlin, 14.01.2021. Die Corona-Pandemie hat die Diskussion um die Innenstädte und deren Zukunft wieder verstärkt in den politischen Fokus gerückt. Am Mittwoch befasste sich der Bauausschuss des Bundestags im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema. Für den BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen war Präsident Andreas Ibel als Sachverständiger geladen.

„Die aktuelle Verödung der Innenstädte macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir zügig und flexibel handeln und bauen können“, sagte Ibel in Berlin. „Dazu brauchen wir praxisorientierte Werkzeuge und ein Umdenken in der parallel stattfindenden Diskussion um die Novelle des Baugesetzbuchs. Wenn die Innenstädte in Zukunft wieder mit Leben gefüllt werden sollen, kommt es auf die richtige Mischung von Wohnen, Gastronomie und Handel an“, so der BFW-Präsident.

Das neue BauGB lege den mittelständischen Immobilien- und Wohnungsunternehmen bei diesem Ziel Steine in den Weg. Die Mitgliedsunternehmen des BFW sind für einen erheblichen Teil des Wohnungs- und Gewerbeneubaus in den Städten verantwortlich. „In der jetzigen Situation darf es kein Gesetz geben, das uns weiter einschränkt und zügige Lösungen verhindert“, sagte Ibel.

Ein sektoraler Bebauungsplan, Umwandlungsverbote und die Ausweitung kommunaler Vorkaufsrechte behinderten neue Konzepte. „Dringend notwendige Investitionen werden dadurch nicht nur in den Innenstädten erschwert, verlangsamt und letztlich unwirtschaftlich gemacht“, so Ibel. Das ursprüngliche Ziel der BauGB-Novelle, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Nutzungsmischung zu erhöhen, werde somit konterkariert.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.